

Informationsvorlage



Der Regionalverbandsdirektor

Vorlagen-Nr 0133/2024 Zuständigkeit: Fachdienst 51: Jugendamt
Vorlagen-Datum: 28.03.2024

Entwicklung der Fallzahlen von Kindeswohlgefährdungen

Beratungsfolge	Termin	Status	Beschlussart	Ergebnis
Jugendhilfeausschuss	22.04.2024	Ö	Kenntnisnahme	

Sachverhalt:

Es ist im Kinderschutz eine erhöhte Sensibilität für Not- und Problemlagen von Kindern und Jugendlichen festzustellen. Aus dem Profil des ISM Berichtes von 2022:

„Die bundesweite Kinderschutzdebatte hat die Kinder- und Jugendhilfe nachhaltig beeinflusst und deutliche Spuren hinterlassen. Die Kinderschutzgesetze der Länder und des Bundes erklären die Kinderschutzarbeit zu einer gesamtgesellschaftlichen Querschnittsaufgabe und regeln über Netzwerke und Kooperationsverpflichtungen ausgewählter Institutionen die Schnittstellen und ein institutionen-übergreifendes Kinderschutzmanagement. Diese Einführung von Kinderschutzgesetzen auf Landes- und Bundesebene und damit verbunden der politische Wille, Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen, sowie die öffentlich geführte Kinderschutzdebatte und die mediale Aufbereitung der Fälle von Kindeswohlgefährdungen führen zu einer gesteigerten öffentlichen Sensibilität für Not- und Problemlagen von Kindern und Jugendlichen und in der Konsequenz einerseits zu einem veränderten Meldeverhalten bei den Jugendämtern, andererseits aber auch zu einer veränderten Wahrnehmung in der Fachpraxis. Bundesweit wurden im Jahr 2022

bei 62.279 Kindern und Jugendlichen eine Kindeswohlgefährdung festgestellt, was den höchsten Stand seit Einführung der Statistik im Jahr 2012 darstellt. Bei 33.425 Fällen liegt eine "akute" (eindeutige) Kindeswohlgefährdung vor. In den weiteren 28.854 Fällen wird eine "latente" Kindeswohlgefährdung festgestellt (vgl. Statistisches Bundesamt 2023b). Entsprechende Maßnahmen zum Schutz des Kindeswohls oder auch Hilfs- bzw. Unterstützungsangebote für die Eltern sind die Folge. Ein verbesserter Kinderschutz führt somit immer auch dazu, dass gegebenenfalls mehr Hilfebedarf früher sichtbar wird".

Zu der konkreten Situation und der Fallzahlentwicklung im Regionalverband Saarbrücken werden Frau Cazzini Fachcontrolling Kinderschutz und Frau Altmeyer Stabsstelle Sozialer Dienst in der Sitzung berichten.